

Aus dem Inhalt

Impfdebatte: Bedford-Strohm wirbt um mehr Nachsicht	1
Herrmann: Ausmaß an Hass und Gewalt gegen Polizei absolut inakzeptabel	4
Bätzing kritisiert Pläne zur Streichung von Paragraf 219a	4
Ökumenische Flussegnungen an Donau und Ilz	5
Söder bei CSU-Neujahrstakt: „Omikron ist nicht Delta“	6
Regensburger „Judensau“: „Deutlich zeigen, aber auch kommentieren“	10
Predigerin ohne Pfarrerbrille	11
Stichwort: Prädikantinnen und Prädikanten in Bayern	13
Aus dem Leben geschleudert	14
Bayerns Bevölkerung wächst bis 2040 weiter	15
Aus Bob Dylans USA nach Franken versetzt	17
Proben für 42. Oberammergauer Passionsspiele haben begonnen	18
Landesbischof für mehr Windräder in Bayern	20
Genanalysen bestätigen Wolf in Oberbayern	20
Mindestens 100 Stück verkauft: Polizei ermittelt Impfpass-Fälscher	21
Vorgezogenes Oktoberfest? Deutsche sind unschlüssig	21
Impressum	22

Impfdebatte: Bedford-Strohm wirbt um mehr Nachsicht

München (epd). Für mehr Barmherzigkeit in der Impfdebatte hat sich der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm ausgesprochen. Auch wenn die Konfrontation zwischen Impfgegnern und -befürwortern sehr emotional sei, sei es wichtig, hier die richtige Linie zu finden, sagte der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beim „Sonntags-Stammtisch“ des Bayerischen Rundfunks (BR). Zwar gebe es Regeln, die alle einhalten müssen. Dennoch sollte man im Einzelfall auch barmherziger miteinander sein.

Er habe zwar kein Verständnis für Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker auf der Straße, so Bedford-Strohm: „Aber natürlich dürfen Menschen, die Angst vor der Impfung haben und sagen 'Ich will das nicht', demonstrieren“. Selbstverständlich aber ohne Gewalt und innerhalb der geltenden Regeln.

Erneut bekräftigte der Landesbischof seine Haltung, dass er sich aktuell nicht für eine allgemeine Impfpflicht aussprechen könne. Noch sei ihm dafür zu viel ungeklärt, etwa wie sie durchgesetzt werden könne und ob man durch diese drastische Maßnahme wirklich erreichen könne, dass alle ihre Freiheit zurück bekommen und sich die Lage in den Krankenhäusern deutlich entspanne.

Auch sei unklar, welche Wirkung eine Impfpflicht auf die Menschen habe, die Angst vor der Impfung haben. Sie dürften nicht einfach mit einem „dumm“-Etikett beklebt werden, sagte Bedford-Strohm. Ihre Sorgen müssten ernst genommen werden. Die Gesellschaft müsse aufpassen, dass sie nicht in die Arme von Extremisten getrieben werden.



Daher halte Bedford-Strohm es für richtig, dass über die Einführung diskutiert werde. Es gelte aber noch abzuwägen, ob es dieses letzte drastische Mittel wirklich brauche. „Zum aktuellen Zeitpunkt würde ich dafür nicht die Hand dafür heben“, so Bedford-Strohm. Stattdessen sollte beispielsweise noch mehr in Brennpunkte gegangen und aufgeklärt werden. (00/0085/09.01.2022)

Debatte über Corona-Impfpflicht wird weiter kontrovers geführt

Holetschek für schnellen Beschluss, Landesbischof für mehr Nachsicht

Zum Jahresbeginn steigen die Corona-Infektionszahlen deutlich. Bundesgesundheitsminister Lauterbach forderte abermals die Einführung einer Corona-Impfpflicht. Patientenschützer sehen das kritisch.

München/Berlin (epd). Die Debatte über die Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht wird weiter kontrovers geführt. Während sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) am Wochenende abermals dafür aussprachen, sehen die Deutsche Stiftung Patientenschutz und der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission (Stiko), Thomas Mertens, ein solches Vorhaben kritisch. Auch der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, plädierte für mehr Barmherzigkeit in der Debatte.

Lauterbach sagte der „Welt am Sonntag“, er sei überzeugt, dass es eine große Gruppe von Ungeimpften gebe, die man durch eine Impfpflicht zu einer Immunisierung bewegen könne. „Meine Hoffnung ist, dass wir durch die Impfpflicht als Gesellschaft relativ gut geschützt sein werden.“ Gleichwohl würden dadurch niemals alle Menschen erreicht.

Der bayerische Gesundheitsminister Holetschek forderte eine schnellere Entscheidung über eine Impfpflicht. Eine Pandemie bekämpfe man „mit Pragmatismus, nicht mit Bürokratie“, sagte er der „Augsburger Allgemeinen“ (Montag). Er zeigte sich offen dafür, über die Ausgestaltung einer Impfpflicht zu debattieren: Denkbar sei etwa eine zeitliche Befristung oder eine Pflicht nur für besonders gefährdete Altersgruppen.

Die Grünen-Fraktionschefin im Bundestag, Britta Haßelmann, bremste die Erwartungen an eine schnelle Einführung der allgemeinen Impfpflicht. „Das ist keine einfache Entscheidung, das bedeutet einen tiefen Eingriff“, sagte Haßelmann den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Da wird es nicht in zwei Wochen eine Beschlussvorlage geben.“ Sie selbst befürworte mittlerweile eine allgemeine Impfpflicht.

Politik und Kirche

Der Bundestag hatte im vergangenen Jahr bereits eine Impfpflicht für das Personal von Einrichtungen beschlossen, in denen besonders durch Covid-19 gefährdete Menschen versorgt, behandelt oder betreut werden. Diese im Wesentlichen auf das Gesundheitswesen und die Pflege begrenzte Pflicht gilt ab Mitte März. Voraussichtlich Ende Januar soll es im Bundestag eine erste Orientierungsdebatte zu einer allgemeinen Impfpflicht geben.

Der Stiko-Vorsitzende Mertens warnte vor einer „noch stärkeren Polarisierung“, sollte eine allgemeine Impfpflicht eingeführt werden. „Viele Menschen würden mit großer Intensität versuchen, dieser Pflicht zu entgehen“, sagte er der „Welt am Sonntag“. Patientenschützer äußerten sich ebenfalls skeptisch. Statt einer Pflicht sei ein breites und zügiges Impfangebot für alle Impfwilligen nötig, sagte der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Der bayerische Landesbischof und ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Bedford-Strohm, mahnte mehr Nachsicht in der Debatte an. Menschen, die Angst vor einer Impfung haben, dürften nicht einfach als dumm abgestempelt werden, sagte er beim „Sonntags-Stammtisch“ des Bayerischen Rundfunks (BR).

Er habe zwar kein Verständnis für Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker auf der Straße, so Bedford-Strohm: „Aber natürlich dürfen Menschen, die Angst vor der Impfung haben und sagen ‚Ich will das nicht‘, demonstrieren“. Selbstverständlich aber ohne Gewalt und innerhalb der geltenden Regeln.

Erneut bekräftigte der Landesbischof seine Haltung, dass er sich aktuell nicht für eine allgemeine Impfpflicht aussprechen könne. Noch sei ihm dafür zu viel ungeklärt, etwa wie sie durchgesetzt werden könne und ob man durch diese drastische Maßnahme wirklich erreichen könne, dass alle ihre Freiheit zurück bekommen und sich die Lage in den Krankenhäusern deutlich entspanne.

Auch sei unklar, welche Wirkung eine Impfpflicht auf die Menschen habe, die Angst vor der Impfung haben. Sie dürften nicht einfach mit einem „dumm“-Etikett beklebt werden, sagte Bedford-Strohm. Ihre Sorgen müssten ernst genommen werden. Die Gesellschaft müsse aufpassen, dass sie nicht in die Arme von Extremisten getrieben werden.

Daher halte Bedford-Strohm es für richtig, dass über die Einführung diskutiert werde. Es gelte aber noch abzuwägen, ob es dieses letzte drastische Mittel wirklich brauche. „Zum aktuellen Zeitpunkt würde ich dafür nicht die Hand dafür heben“, so Bedford-Strohm. Stattdessen sollte beispielsweise noch mehr in Brennpunkte gegangen und aufgeklärt werden.

Am Sonntag meldete das Robert Koch-Institut 36.552 Neuinfektionen, die Sieben-Tage-Inzidenz stieg bundesweit auf 362,7. (00/0089/09.01.2022)

Politik und Kirche

Herrmann: Ausmaß an Hass und Gewalt gegen Polizei absolut inakzeptabel

München (epd). Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat die jüngste Gewalt gegen Polizeibeamte deutlich kritisiert. Das Ausmaß an Hass und Gewalt gegen die Einsatzkräfte sei absolut inakzeptabel, sagte er am Sonntag beim Online-Benefiz-Neujahrskonzert des Polizeiorchesters Bayern. Der Freistaat wolle das nicht dulden und „diejenigen bestmöglich schützen, die tagtäglich uns schützen“.

Der Minister dankte allen Polizisten und Polizistinnen für ihre Arbeit: „Sie sorgen rund um die Uhr für die Sicherheit der Bürger in Bayern. Hierfür gebührt Ihnen unser größter Respekt.“ Die Spenden der Veranstaltung, die coronabedingt online stattfand, kommen Polizisten zugute, die im Dienst gesundheitliche Schäden erlitten haben, sowie den Angehörigen von Beamten, die im Dienst ihr Leben verloren haben. Seit Gründung der Stiftung 1977 konnte laut Mitteilung so bereits mit über 3,1 Millionen Euro in mehr als 1.400 Fällen Unterstützung geleistet werden. (00/0088/09.01.2022)

Impfpflicht: Holetschek fordert Pragmatismus statt Bürokratie

München/Augsburg (epd). Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat eine schnellere Entscheidung über eine Impfpflicht gefordert. Eine Pandemie bekämpfe man „mit Pragmatismus, nicht mit Bürokratie“, sagte er der „Augsburger Allgemeinen“ (Montag). Er zeigte sich offen dafür, über die Ausgestaltung einer Impfpflicht zu debattieren: Denkbar sei etwa eine zeitliche Befristung oder eine Pflicht nur für besonders gefährdete Altersgruppen.

Holetschek bemängelte das fehlende Tempo bei Entscheidungen in Deutschland: „Ich wünsche mir hierzulande manchmal einfach mehr Mut, der uns nicht nur bei der Bekämpfung der Pandemie, sondern auch insgesamt weiterbringen würde“. (00/0087/09.01.2022)

Bätzing kritisiert Pläne zur Streichung von Paragraf 219a

München (epd). Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, hat die Pläne der Ampel-Koalition zur Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen kritisiert. „Im Gesamtkonzept des Abtrei-

bungsrechts trägt das Werbeverbot zu einer objektiven und seriösen Beratung und Information der Frau in einer Konfliktsituation bei“, schrieb Bätzing in einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ (Samstag). SPD, Grüne und FDP hatten sich in den Koalitionsverhandlungen auf eine Abschaffung des Gesetzesparagrafen 219a, der das Werbeverbot festlegt, geeinigt.

Bätzing schrieb, das Werbeverbot sei „Bestandteil des verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Schutzkonzepts für das ungeborene Leben“. Die geltenden Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch seien der Kompromiss nach langen und intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Auch die Caritas-Präsidentin Eva Welskop-Deffaa kritisierte gegenüber der „Osnabrücker Zeitung“ die mögliche Abschaffung des Werbeverbots.

Der Paragraph 219a im Strafgesetzbuch verbietet die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche aus wirtschaftlichen Interessen und in „grob anstößiger Weise“. Das führte in der Vergangenheit zu Verurteilungen von Ärztinnen und Ärzten, die aus ihrer Sicht sachlich auf der Internetseite ihrer Praxis darüber informiert hatten, dass sie Abtreibungen durchführen und welche Methoden sie anwenden.

In der vergangenen Legislaturperiode hatte die SPD mit der Union einen Kompromiss geschlossen, wonach das Werbeverbot gelockert, aber nicht abgeschafft wurde. Danach dürfen Ärztinnen und Ärzte zwar darüber informieren, dass sie Abtreibungen machen, nicht aber darüber, welche Methoden sie anwenden. Stattdessen führt die Bundesärztekammer entsprechende Listen. (00/0076/08.01.2022)

Ökumenische Flusssegnungen an Donau und Ilz

Regensburg/Niederaltich (epd). Mit ökumenischen Segnungen der Donau haben die christlichen Kirchen in Regensburg und Niederaltich (Kreis Deggen-dorf) am Sonntag an die Verantwortung für die Schöpfung und die Bewahrung des Friedens in der Welt erinnert. Dabei wurde dreimal ein hölzernes, an einem Seil befestigtes Kreuz in die Fluten geworfen. Ebenso wurde im niederbayerischen Fischhaus der Fluss Ilz gesegnet. Ab 16 Uhr setzten dort Kinder und Erwachsene Schwimmkerzen in die Ilz.

An der Zeremonie in Regensburg nahmen laut Ankündigung der katholische Bischof Rudolf Voderholzer, die stellvertretende evangelische Dekanin Bärbel Mayer-Schärtel und der Archimandrit Petros Klitsch von der Griechisch-Orthodoxen Metropolie in Deutschland teil. Die Flussegnung begann um 15 Uhr mit einer ökumenischen Vesper im Dom, bei der auch der Byzantinische Kantorenchor München sang. Gegen 16 Uhr wurde nach orthodoxer

Tradition das Donauwasser an der Steinernen Brücke gesegnet, sagte ein Bistumssprecher dem Evangelischen Pressedienst (epd).

An der diesjährigen Flussegnung in Niederaltaich nahmen laut Ankündigung neben Dekan Heinrich Blömecke und Pfarrerin Astrid Sieber (Hengersberg) auch Pfarrer Josef Göppinger (Regen) und Domkapitular Heribert Schauer (Neuötting) teil. Letzterer predigte auch am Donauufer, so eine Sprecherin des Ökumenischen Arbeitskreises „Lebendige Donau“. Beginn war um 17 Uhr mit Hymnen, Psalmen und Lesungen nach orthodoxem Ritus. Auf die Lichterprozession zur Niederaltaicher Basilika und einen Vespertagesdienst wurde aufgrund der Corona-Beschränkungen verzichtet.

Die Flussegnungen in Niederaltaich hatte der inzwischen verstorbene Altabt von Niederaltaich, Emmanuel Jungclaussen, im Jahr 1994 zusammen mit dem evangelischen Pfarrer Norbert Stapfer ins Leben gerufen. Sie wurden zum Höhepunkt der monatlichen Donaugebete des Arbeitskreises, der sich für den Erhalt der letzten 70 Kilometer frei fließender Donau im Isarmündungsgebiet bei Niederaltaich einsetzte.

Die Flussegnungen gehen zurück auf einen Ritus der orthodoxen Kirche, die alljährlich am ersten Sonntag nach Epiphania (6. Januar) an die Taufe Jesu im Jordan erinnert. In allen orthodoxen Kirchen wird an diesem Feiertag eine Segnung des Wassers zelebriert. (00/0082/08.01.2022)

Söder bei CSU-Neujahrsauftakt: „Omikron ist nicht Delta“

München (epd). Das christliche Menschenbild und der Schutz des Lebens stehen für die CSU nach Aussage von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) an erster Stelle. „Wir tun, was notwendig ist, um Land und Leute gegen Corona zu schützen“, sagte er beim virtuellen Neujahrsauftakt der Partei am Samstag. Er warnte jedoch vor Übereifer und gab zu bedenken, dass die Virusvariante Omikron zwar deutlich ansteckender sei, sich aber auch immer mehr zeige, „dass Infizierte vermehrt einen mildereren Krankheitsverlauf aufweisen“.

„Omikron ist nicht Delta“, betonte Söder und warnte vor Angst und Panik. Bayern bleibe weiterhin im „Team Vorsicht“; man sei aber zugleich Mitglied im „Team Augenmaß“. Erneut warb er dafür, nicht nur zu beachten, wie sich Maßnahmen medizinisch, sondern auch wie sie sich gesellschaftlich auswirkten. Denn die Gesellschaft sei gespaltener als je zuvor. Es sei daher eine zentrale Aufgabe, diese wieder zu heilen und zu versöhnen. (00/0084/08.01.2022)

Politik und Kirche

Bund und Länder verkürzen die Quarantänezeiten

Söder sieht 2G-Plus-Regelung für Gastronomie kritisch

Bund und Länder haben sich auf weitere Regeln zur Bewältigung der Omikron-Welle in der Pandemie verständigt. Erwartungsgemäß wurden die Quarantänezeiten verkürzt und der Zugang zur Gastronomie stärker reguliert. Aus Bayern kam dazu Kritik.

München/Berlin (epd). Bund und Länder haben sich angesichts der stark steigenden Infektionen mit der Omikron-Variante des Coronavirus auf strengere Zutrittsregeln für die Gastronomie verständigt. Sie vereinbarten bei einer Ministerpräsidentenkonferenz am Freitag in Berlin außerdem eine Verkürzung der Isolations- und Quarantänezeiten. Sie soll dafür sorgen, dass die Grundversorgung nicht zusammenbricht, wenn sich sehr viele Menschen gleichzeitig infizieren. Differenzen wurden deutlich beim Zeitplan für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Aus Bayern kam Kritik an der 2G-plus-Regelung für die Gastronomie.

Bundesweit sollen der Verständigung zufolge Geimpfte und Genesene nur dann noch Zugang zu Kneipen und Restaurants haben, wenn sie zudem einen tagesaktuellen negativen Corona-Test vorweisen können (2G plus). Geboosterte brauchen keinen Test.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sieht diese 2G-Plus-Regel in der Gastronomie kritisch. Er habe Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) gebeten, zu überprüfen, ob dies „wirklich notwendig“ ist, sagte Söder. Die meisten Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) blieben hinter dem zurück, was in Bayern ohnehin schon gelte.

Söder hält die von Bund und Ländern vereinbarten Regelungen offenbar für inkonsequent. So frage er sich, ob „2G-Plus in der normalen Gastronomie sinnvoll“ sei, wenn zugleich - anders als in Bayern - im Rest Deutschlands Bars und Diskotheken weiter geöffnet hätten. Auch sei die Staatsregierung für eine bundesweite FFP2-Maskenpflicht eingetreten, habe sich damit aber nicht durchgesetzt. Söder sagte, selbst eine „schlecht sitzende FFP2-Maske“ böte mehr Schutz als eine medizinische.

Wer die dritte Auffrischungsimpfung hat, muss nach einem engen Kontakt mit einem Infizierten auch nicht mehr in Quarantäne. Für alle anderen Menschen gilt eine Quarantäne von zehn Tagen (bisher 14). Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, man könne sie mit einem negativen PCR-Test oder einem zertifizierten Antigen-Schnelltest auf sieben Tage verkürzen. Die Fristen und Möglichkeiten zur Freitestung gelten genauso für Infizierte in der Isolation. Allerdings sind für Personal im Gesundheitswesen und in der Pflegebranche PCR-Tests vorgeschrieben.

Politik und
Kirche

Für Schülerinnen und Schüler wird die Absonderungszeit Scholz zufolge auf fünf Tage verkürzt, wenn ein Test negativ ausfällt. Ob es weiterreichende Regelungen für Berufstätige in der Grundversorgung - Polizei, Energie, Verkehr oder Wasserversorgung - gibt, wird in dem Bund-Länder-Beschluss offengelassen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte eine mögliche Verkürzung der Absonderungszeiten auf fünf Tage vorgeschlagen.

Scholz rief die Bevölkerung erneut auf, sich impfen zu lassen. Wer die Möglichkeit habe, solle „hinrennen“, sagte er. „Wir wissen, dass Omikron viel ansteckender ist als die bisherigen Virusvarianten“, sagte Scholz. „Eine frische Impfung bietet unverändert den besten Schutz.“ Bis zum Monatsende solle das Ziel von 30 Millionen weiteren Auffrischungsimpfungen erreicht werden.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisierte die beschlossene Verkürzung der Quarantänezeiten für Schülerinnen und Schüler. „Dadurch setzen wir alle, die sich an Schulen aufhalten, einer erhöhten Infektionsgefahr aus“, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Auch der Deutsche Lehrerverband äußerte Kritik an dem Beschluss. „Wenn diese Aufweichung der Quarantäneregeln dazu führt, dass mehr Infizierte unerkannt in Schulen herumlaufen, wird der Schuss nach hinten losgehen“, sagte der Vorsitzende des Verbands, Heinz-Peter Meidinger, den Funke-Zeitungen. (00/0074/08.01.2022)

Bayern stellt 2G-Plus-Regel für Gastro infrage

München (epd). Nach Ministerpräsident Markus Söder (CSU) haben sich auch Bayerns Gesundheits- und Bayerns Wirtschaftsminister kritisch zur bundesweiten Einführung von 2G Plus in der Gastronomie geäußert. Die Bayerische Staatsregierung werde die Regel in den nächsten Tagen genau prüfen und dafür auch Gespräche mit dem Hotel- und Gaststätten-Verband sowie mit Virologen führen, sagte Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) am Samstag im Bayerischen Rundfunk (BR). Den Restaurantbesuch für ungetestete Geimpfte zu verbieten, aber frisch Geboosterten zu erlauben, sei medizinisch nur schwer begründbar, sagte auch Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) am Samstag laut Mitteilung seines Ministeriums. Die Politik müssen die aktuellen Maßnahmen ständig auf Verhältnismäßigkeit überprüfen, bevor es die Gerichte tun. Dennoch sei jeder gefordert, sich auch freiwillig regelmäßig zu testen.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern habe man bereits scharfe Maßnahmen beschlossen, so Holetschek: Seit Ende November seien Diskotheken, Schankwirtschaften und Clubs „konsequent geschlossen“, außerdem gebe es eine Sperrstunde und die Hotspot-Regelung, bei der bei einer Inzidenz ab 1.000 die Gastronomie schließen müsse. Der Gesundheitsminister sei enttäuscht

Politik und Kirche

vom gestrigen Bund-Länder-Treffen: Es sei lediglich „eine Lage-Darstellung“ gewesen, man habe „nichts wesentlich Substantielles beschlossen“. Vor allem zur allgemeinen Impfpflicht hätte er sich mehr Diskussion gewünscht, und zwar „möglichst schnell anhand eines konkreten Gesetzesentwurfes“. (00/0080/08.01.2022)

Politik und Kirche

Buyx: Politik muss in der Pandemie mehr erklären

München/Berlin (epd). Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Alena Buyx, wünscht sich eine transparentere Kommunikation der verantwortlichen Politiker in der Corona-Pandemie. Man sollte deutlich besser erklären, wenn die Maßnahmen an neue Erkenntnisse und Sachlagen angepasst werden, sagte die Münchner Professorin am Freitag im „Morgenmagazin“ der ARD. Wenn die Politik sage „Wir lernen dazu“, werde sie dafür auch Verständnis in der Bevölkerung bekommen.

„Man muss anpassen, wenn sich die Situation verändert. Es wäre völlig unverantwortlich, bei dem zu bleiben, was man vor einem Jahr gesagt hat, wenn die Situation anders ist“, sagte die Medizinethikerin von der Technischen Universität München vor den Bund-Länder-Beratungen am Nachmittag.

Nach den Feiertagen rund um den Jahreswechsel sind die Infektionszahlen in Deutschland deutlich gestiegen. Am Freitag meldete das Robert Koch-Institut für die zurückliegenden 24 Stunden 56.335 Neuinfektionen, die Sieben-Tage-Inzidenz stieg bundesweit auf 303,4, von 285,9 am Vortag. Der Wert gibt an, wie viele Menschen je 100.000 Einwohner sich in den vergangenen sieben Tagen mit dem Coronavirus angesteckt haben. 264 weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus, womit sich die Zahl der Corona-Toten in Deutschland auf 113.632 erhöhte. (00/0066/07.01.2022)

Würzburger Infektiologie-Professor für Impfpflicht ab 50

Augsburg/Würzburg (epd). Der Professor für Infektiologie an der Uni Würzburg, Andrew Ullmann, plädiert für eine gestaffelte und selektive Impfpflicht gegen das Corona-Virus. Sie könnte beispielsweise nur für Menschen ab 50 Jahren gelten, sagte der FDP-Abgeordnete der „Augsburger Allgemeinen“ (Samstag). Insgesamt müssten nicht die Infektionszahlen, sondern die Krankheitszahlen Maßstab des Handelns sein.

Im Bundestag soll ohne Fraktionszwang über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beraten werden. Die FDP ist bei der Frage gespalten. FDP-Fraktionsvize Wolfgang Kubicki führt einen Gruppenantrag an, der sich dagegen

ausspricht. Es gebe in der Fraktion „eine breite Facette von Meinungen und Einschätzungen zur allgemeinen Impfpflicht“, sagte Infektiologe Ullmann. Er schloss nicht aus, dass die Debatte auch vorzeitig enden könne: „Es kann sein, dass Omikron in den nächsten Wochen weltweit so wütet, dass aus der Pandemie eine Endemie wird. Dann erübrigt sich die Debatte über eine Impfpflicht.“ (00/0078/08.01.2022)

Politik und Kirche

Regensburger „Judensau“: „Deutlich zeigen, aber auch kommentieren“

Neue Texttafel soll Schmähpplastik am Dom künftig besser einordnen

Von Daniel Staffen-Quandt (epd)

Über viele Jahre gab es in Regensburg Zwist über den richtigen Umgang mit einer jahrhundertalten antisemitischen Schmähpplastik am Regensburger Dom: Die „Judensau“ soll nun bleiben, aber mit einer neuen Texttafel deutlicher kommentiert werden.

München/Regensburg (epd). Die antisemitische Darstellung der „Judensau“ am Regensburger Dom soll mit einem neuen Textkommentar versehen und so historisch eingeordnet werden. Darauf haben sich Vertreter des Freistaats, der jüdischen Gemeinde und der katholischen Kirche geeinigt, wie der Antisemitismus-Beauftragte der Staatsregierung, Ludwig Spaenle (CSU), sowie die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Regensburg, Ilse Danziger, am Freitag in Regensburg mitteilten.

Spaenle sagte laut Mitteilung, jüdenfeindliche Darstellungen an historischen Gebäuden dürften „nicht unkommentiert stehen bleiben“, die Gesellschaft als Ganzes müsse „einen grundsätzlich bewussten und verantwortungsvollen Umgang damit finden“. Zugleich dürften diese Darstellungen an Kirchen oder weltlichen Gebäuden „auch nicht in einer Art Bilderstürmerei“ entfernt werden. Denn sie seien „zugleich Erinnerungsorte für dramatische Vorstellungen vergangener Zeiten“, sagte Spaenle.

Jahrelang gab es um den richtigen Umgang mit der „Judensau“ am Regensburger Dom teils hitzige Debatten. Eine bereits am Dom angebrachte Hinweistafel hatte selbst für scharfe Kritik gesorgt, weil dort etwa zu lesen ist, dass die „Spottfigur“ der „Judensau“ in ihrem „antijüdischen Aussagegehalt für den heutigen Betrachter befremdlich“ sei. Eine wirklich kritische Einordnung sei damit nicht gegeben, wurde moniert. Auch Spaenle bezeichnete den Text Ende 2020 als „verbesserungsbedürftig“.

Der neue Textkommentar wurde gemeinsam mit Eva Haverkamp-Rott, Professorin für Mittelalterliche Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, verfasst. Die Darstellung von an einer Sau saugenden Juden „sollte Ekel und Verachtung“ hervorrufen, heißt es im

neuen Text. Die Skulptur sei im 14. Jahrhundert „gegenüber dem jüdischen Wohnviertel angebracht“ worden. Mit dieser Propaganda seien Juden „zu Feinden des Christentums erklärt“ worden.

Gemeinde-Vorsitzende Danziger sagte, heutzutage sei Antisemitismus „leider wieder überall präsent und auch wieder salonfähig“. Es sei deshalb wichtig, „auf jede Art von Judenfeindlichkeit und Hass hinzuweisen“. Aus diesem Grund sei die Jüdische Gemeinde dagegen, die Schmähsplastik einfach zu entfernen. „Sie ist ein Teil der Regensburger Geschichte und soll sichtbar und deutlich gezeigt, aber auch kommentiert werden“, sagte Danziger. Der Text Haverkamp-Rotts sei dazu sehr gut geeignet.

Neben der deutschen soll der Textkommentar auch in einer englischen Fassung am Dom angebracht werden. Der Text diene „als Grundlage für ein mögliches Vorgehen an anderen historischen Orten“, an denen „Judensäue“ oder andere judenfeindliche Darstellungen zu sehen sind. Verbunden werden soll der Text am Dom mit weiteren Informationen auf der Internetseite des Antisemitismus-Beauftragten. Über weitere Info-Möglichkeiten wie zum Beispiel Flyer oder Führungen werde nachgedacht.

In Bayern gibt es mehrere „Judensau“-Darstellungen, neben dem Regensburger Dom beispielsweise auch an der evangelischen Kirche St. Sebald in Nürnberg oder am Tor der Burg Cadolzburg im Kreis Fürth. Bereits Ende Dezember 2020 hatte ein Runder Tisch auf bayerischer Ebene Empfehlungen zum Umgang mit derartigen Bildnissen vorgelegt. (00/0069/07.01.2022)

Predigerin ohne Pfarrerbrille

Lore Becker war ein Vierteljahrhundert lang Prädikantin in Gräfelfing

Von Christiane Ried (epd)

Lore Becker (84) dürfte eine der (dienst-)ältesten Prädikantinnen in Bayern sein. 25 Jahre lang übte sie das evangelische Ehrenamt aus, mit einem hohen Anspruch: bloß nicht die Gemeinde langweilen. Nun hat sie aufgehört - und blickt dankbar zurück.

Gräfelfing/München (epd). Ihre Augen leuchten, wenn Lore Becker anfängt zu erzählen. Ein Vierteljahrhundert lang war sie Prädikantin, hat Gottesdienste geleitet und Predigt für Predigt geschrieben. „Ich habe meinen Lebensschatz in die Texte eingearbeitet“, sagt sie. Auch wenn es keine offizielle Statistik gibt: Lore Becker dürfte mit ihren 84 Jahren und ihren 25 Dienstjahren im Prädikantenbereich der bayerischen evangelischen Landeskirche eine Besonderheit sein. Ende 2021 hat die Rentnerin ihr Ehrenamt in Gräfelfing (Dekanat Fürstenfeldbruck) bei München nun aufgegeben. Grund: Ihre Kräfte reichten nicht mehr aus für den Standard, den sie sich selbst setze.

Politik und Kirche

Politik und Kirche

Davon ist in ihrer Wohnung in München-Pasing wenig zu spüren. Die 84 Jahre sieht man Lore Becker nicht an, sie ist schlagfertig, offen und man merkt sofort: Lore Becker ist rumgekommen in der Welt und hat was zu erzählen. Aufgewachsen ist sie in Naumburg an der Saale, später studierte sie Anglistik und Germanistik, brach ihr Studium dann aber wegen der Familie ab und wurde Industriekauffrau. Doch ihr Herzensanliegen sei schon immer alles mit Sprache gewesen, sagt sie. Deshalb sei sie auch mit Feuereifer dabei gewesen, als ihr im Ruhestand das Ehrenamt der Prädikantin zugetragen wurde.

Prädikanten sind ehrenamtlich im Kernbereich der Pfarrerinnen und Pfarrer tätig: Sie dürfen selbstständig Gottesdienste leiten, Predigten schreiben und vortragen und das Abendmahl ausgeben. Eingeführt wurde das Ehrenamt in Bayern im Zuge des Zweiten Weltkriegs, als auch die Pfarrer eingezogen wurden und nicht mehr ihren kirchlichen Dienst tun konnten. Das Ehrenamt der Prädikanten sei zwar aus der Not heraus geboren worden, sagt Gottfried Greiner vom Gottesdienst-Institut. Doch über die Jahrzehnte habe es sich zu einem typischen evangelischen Element der Verkündigung entwickelt. Heute gibt es in Bayern rund 900 Prädikantinnen und Prädikanten, 15 bis 20 Prozent der Gottesdienste werden bereits von Ehrenamtlichen geleitet.

Das Besondere: Prädikanten brauchen kein Theologiestudium, sondern können jeden beruflichen Hintergrund haben. Sie müssen allerdings eine Ausbildung zum Prädikanten durchlaufen, die durchaus anspruchsvoll ist. Etwas, das Lore Becker sehr gern getan hat. Predigtarbeit bedeute, dass man den Bibelabschnitt, um den es geht, „mit dem Kopf verstehen und mit dem Herzen begreifen muss“, sagt sie. Alte Worte müssten für das moderne Leben ausgelegt werden. „Diese Mischung zwischen Intellekt und Herz hat mich immer fasziniert“, sagt Becker.

Und sie hat einen hohen Anspruch an sich selbst: Ein Gottesdienst ist für sie ein Gesamtkunstwerk mit einem Spannungsbogen von der Begrüßung bis zum Schlussegnen - „nicht, dass den Leuten langweilig wird“. Und Gottesdienst und Predigt müssten zur jeweiligen Gemeinde passen. Das alles sei eine richtige Kraftanstrengung gewesen: „Nach den Gottesdiensten hatte ich erstmal Rückenschmerzen“, sagt sie. Eine Anstrengung, die sie etwa alle sechs Wochen auf sich genommen und die sich offenbar gelohnt hat. Denn zu ihrem Abschiedsgottesdienst im Dezember kamen mehr als 100 Menschen. „Die Kirche war knallvoll“, freut sich Becker über so viel Zuspruch.

Wovon sie übrigens immer die Finger gelassen hat: vom Singen. „Um Gottes Willen, ich konnte noch nie singen“, sagt sie trocken. Manchmal wünscht sie sich auch von anderen eine solche Einsicht. „Es kann sehr quälend sein, einem Pfarrer zuzuhören, bei dem man denkt: Oje, trifft er den nächsten Ton?“

Der Pfarrer von Gräfelfing, Walter Ziermann, sagt, es sei eine Bereicherung, Menschen wie Lore Becker in der Gemeinde zu haben: „biblisch fundiert,

rhetorisch gewandt und mit Freude dabei, das Evangelium weiterzugeben.“ Es sei so wichtig, „dass wir Leute haben, die mal keine Pfarrerbrille aufhaben“. Prädikanten sind für ihn daher auch keine Lückenbüßer, die angesichts des fortschreitenden Pfarrermangels entlasten sollen, sondern sie brächten ihren ganz eigenen Erfahrungsschatz mit, betonte Ziermann.

Als Lückenbüßerin hat sich Lore Becker ohnehin nie verstanden - im Gegenteil: Pfarrer müssten so viele thematisch unterschiedliche Dinge tun - Kindergärten verwalten, ein Taufgespräch führen, sich dann um einen Trauerfall kümmern oder einen Bibelkreis organisieren, erzählt sie. Sie dagegen konnte sich als Prädikantin mit ihrer Gottesdienst-Arbeit immer „die Rosinen rauspicken“. Dafür sei sie unendlich dankbar. (00/0062/07.01.2022)

Stichwort: Prädikantinnen und Prädikanten in Bayern

München (epd). Prädikantinnen und Prädikanten sind ehrenamtlich in einem Kernbereich der bayerischen evangelischen Landeskirche tätig: in der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung. Sie gestalten die Gottesdienste mit eigener Predigt und können auch Abendmahlsfeiern leiten. Gemeindeleitung oder Kasualien, wie etwa Taufe, Trauung oder Beerdigung, gehören aber nicht zu ihren Aufgaben. Insgesamt gibt es in Bayern laut Gottfried Greiner vom Gottesdienst-Institut rund 900 Prädikantinnen und Prädikanten, 15 bis 20 Prozent der evangelischen Gottesdienste im Freistaat werden bereits von Ehrenamtlichen geleitet und nicht von Pfarrerinnen und Pfarrern.

Für ihre Arbeit müssen angehende Prädikanten offiziell von ihrer Gemeinde vorgeschlagen werden, und sie brauchen eine Ausbildung: Zunächst müssen sie an vier Wochenenden einen biblisch-theologischen Grundkurs besuchen sowie an acht Wochenenden ihre Lektoren-Ausbildung absolvieren. Lektorinnen und Lektoren dürfen ebenfalls Gottesdienste gestalten, sie dürfen aber nicht selbstständig Predigten schreiben oder Sakramente verwalten. Ausgebildete Lektoren können sich dann an weiteren acht Wochenenden zum Prädikanten ausbilden lassen. Das Besondere an ihnen: Sie haben etwa wegen ihrer unterschiedlichen beruflichen Hintergründe einen anderen Erfahrungsschatz, den sie in die Gottesdienste einbringen können, als „klassische“ Pfarrer.

Das Amt des Prädikanten ist aus der Not heraus geboren: Weil viele Pfarrer im Zweiten Weltkrieg an die Front mussten und viele von ihnen nach dem Krieg verletzt oder vermisst waren, konnte die Verkündigung nicht aufrecht erhalten werden. Deshalb wurden Freiwillige ausgewählt. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Prädikanten zu einem typischen evangelischen Element der Verkündigung entwickelt. Denn nach evangelischem Verständnis gibt es das „Priestertum aller Gläubigen“: jeder Christ ist dazu aufgerufen, das Evangelium weiterzutragen. Auch in Zukunft dürfte die Bedeutung von Prädikanten zuneh-

men: Denn die Generation der Babyboomer in der bayerischen Pfarrerschaft geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. (00/0063/07.01.2022)

Aus dem Leben geschleudert

Seelisch erkrankte Menschen brauchen meist mehr als einen Psychiater

Von Pat Christ (epd)

Hilfe aus einer Hand erhalten schwer psychisch kranke Menschen in dem staatlich geförderten Modellprojekt „Gemeindepsychiatrische Basisversorgung“. Denn genau daran mangelt es laut Kritikern in Deutschland in der Betreuung von Psychiatriepatienten.

München (epd). Manchmal gewinnen trübe Gedanken die Oberhand. Patrick Maier kennt das. Wenn er abgrundtief traurig ist. Einfach so. „Ich leide unter chronischer Verstimmung“, sagt der 47-Jährige. Die Diagnose „Dysthymie“, so der Fachbegriff für langanhaltende depressive Verstimmungen, erhielt er nach einem seelischen Zusammenbruch. Jetzt ist der Münchner dabei, sich mit Hilfe des Modellprojekts „Gemeindepsychiatrische Basisversorgung“ wieder zu stabilisieren.

Seinen Verstimmungen nachzugeben, war für Patrick Maier früher ein absolutes Tabu. Er wollte funktionieren. Und fuhr als selbstständiger Unternehmensberater jede Menge berufliche Erfolge ein. „Doch alles war immer unglaublich anstrengend.“

Nach seinem Zusammenbruch Anfang 2020 ging allerdings für ihn nichts mehr. „Ich hatte überhaupt keine Möglichkeit mehr zu agieren“, erzählt er. Seine Hausärztin sorgte dafür, dass ihr Patient in die Psychiatrie kam.

Der Münchner wurde durch seine Erkrankung aus seinem alten Leben geschleudert. Er landete in der Welt von Menschen mit psychischer Erkrankung. Wer diese Welt nicht kennt, für den erscheint sie wie ein verwirrendes Labyrinth. Das Modellprojekt „Gemeindepsychiatrische Basisversorgung“ will Patienten durch dieses Labyrinth lotsen.

In dem Projekt erhält Maier seit knapp zwei Jahren Hilfe. Tanja Tücking, seine Bezugsbetreuerin von der gemeinnützigen Gesundheitseinrichtung „Vincentro München“, ist immer für ihn ansprechbar. „Wir sehen uns mindestens einmal in der Woche, ich kann aber auch außerhalb unserer Treffen immer anrufen, wenn etwas ist“, sagt Maier. Also etwa wenn ihn die Depressionen übermannen.

Patrick Maier ist „unglaublich dankbar, dass es in dem Projekt darum geht, dass wir im Alltag gestärkt werden mit dem Ziel, nicht mehr in die Klinik zu müssen“. Nach seinem Aufenthalt in der Psychiatrie half ihm Tücking, eine

Politik und
Kirche

Gesundheit
und Soziales

geeignete Rehaklinik zu finden. Da er durch seine Erkrankung in finanzielle Turbulenzen geriet, wandte er sich außerdem an die Schuldnerberatung.

An dem bis 2023 befristeten Projekt „Gemeindepsychiatrische Basisversorgung“ beteiligen sich an zwölf Standorten insgesamt 19 Krankenkassen und Leistungserbringer. Die Universität Ulm begleitet das Projekt wissenschaftlich. Ziel ist es, die Gemeindepsychiatrische Basisversorgung fest in der Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung zu etablieren. Damit soll eine Versorgungslücke geschlossen werden und Defizite in der Betreuung von psychisch Kranken beseitigt werden.

Stefanie Mäurer (Name geändert) ist ebenfalls Patientin in dem Projekt. „Ultra-wichtig ist für mich, dass es ein Krisentelefon gibt“, sagt die 34-Jährige. Es ist rund um die Uhr erreichbar: Ohne die Gemeindepsychiatrische Basisversorgung, glaubt sie, wäre sie längst wieder in der Psychiatrie gelandet. Sie ist froh, weiter in ihrer WG in München wohnen und ihrem Beruf nachgehen zu können.

Anett Keidel, die bei „Pinel Netzwerk“ in Berlin Menschen in psychischen Krisen unterstützt, übt grundsätzliche Kritik an der Versorgung von seelisch Kranken in Deutschland: „Wir haben Klienten, die sich schon lange irgendwie durchgewurschtelt haben, aber nie die richtige Hilfe bekamen.“ Statt Hilfe für ihre unterschiedlichen Probleme aus einer Hand zu bekommen, müssten sich psychisch Kranke sehr oft in einem Wirrwarr von Ansprechpartnern zurechtfinden: Jobcenter, Rentenversicherung, Jugendämter, Krankenversicherungen, Ärzte, Sozialpsychiatrische Dienste, Ergotherapeuten und Tageskliniken.

Bei der Gemeindepsychiatrischen Basisversorgung sei das anders, sagt Nils Greve. Denn hier gehe es nicht allein um die Behandlung von Krankheitssymptomen, „sondern vielmehr darum, den Menschen zu einem eigenverantwortlichen Leben zu verhelfen“, sagt der Vorsitzende des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie. (00/0064/07.01.2022)

Bayerns Bevölkerung wächst bis 2040 weiter

Fürth/München (epd). Die Bevölkerung in Bayern wächst dem Landesamt für Statistik zufolge bis 2040 gegenüber dem Jahr 2020 um 3,9 Prozent oder rund 518.000 auf 13,66 Millionen Menschen. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 lebten im Freistaat 13,14 Millionen Menschen, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Freitag bei der Präsentation der Bevölkerungsvorausberechnung im Landesamt für Statistik in Fürth. Dieser Zuwachs kommt allerdings alleine durch Zuzüge zustande - die Zahl der Geburten in Bayern reiche nicht aus, um alle Sterbefälle auszugleichen.

Gesundheit und Soziales

Herrmann sagte, die Corona-Pandemie habe auf die Bevölkerungsentwicklung zwar Auswirkungen, diese seien aber kurzfristiger Natur - langfristig würde sich die Demografie wie erwartet entwickeln. „Bayern ist und bleibt ganz offensichtlich sehr attraktiv“ zum Leben und Arbeiten, sagte Herrmann. So habe die Berechnung ergeben, dass alle 96 kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern ein positives Wanderungssaldo haben werden. Das bedeutet, dass mehr Menschen dorthin ziehen als wegziehen. Gleichwohl heißt das nicht, dass die Bevölkerung dort insgesamt dann auch wächst.

Auch bis 2040 wird es bei der Bevölkerungsentwicklung regionale Unterschiede geben, sagte der Innenminister. In den Regierungsbezirken Oberbayern (+ 6,9 Prozent), Schwaben (+ 6,2 Prozent), Niederbayern (+5,3 Prozent), Mittelfranken (+2,3 Prozent), Oberpfalz (+ 2,1 Prozent) wird es ein Bevölkerungswachstum geben, in Oberfranken (-3,5 Prozent) und Unterfranken (-1,5 Prozent) hingegen einen Bevölkerungsrückgang. Fände nach Bayern kein Zuzug aus dem Ausland oder anderen Bundesländern statt, würde die Bevölkerung bis 2040 überall schrumpfen.

Besonders stark wächst die Gruppe der Über-65-Jährigen bis 2040 - ihr Anteil liegt dann bei 25,6 Prozent - 2020 waren es noch 20,7 Prozent. Zwar nehme auch die Zahl der Unter-20-Jährigen bis 2040 moderat um 157.000 Personen zu, letztlich müssten aber immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner versorgen. Würde das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren liege, müssten 2040 jeweils 100 Erwerbstätige rund 46 Rentner versorgen, bei einem Eintrittsalter von 67 Jahren seien es rund 40 Rentner gegenüber 100 Erwerbstätigen, erläuterte Herrmann. (00/0068/07.01.2022)

VdK-Präsidentin kritisiert fehlende Barrierefreiheit von Arztpraxen

Augsburg/Berlin (epd). Menschen mit Behinderung haben nach Aussage von VdK-Präsidentin Verena Bentele häufig Probleme, geeignete Praxen für ihre Vorsorgeuntersuchungen zu finden. So täten sich beispielsweise körperbehinderte Frauen oft schwer, einen Gynäkologen oder eine Gynäkologin zu finden, deren Praxis Untersuchungsrichtungen für behinderte Menschen bereithält, sagte Bentele der „Augsburger Allgemeinen“ (Samstag). Das liege unter anderem daran, dass viele Einrichtungen nicht barrierefrei seien.

„Der Gesundheitsbereich ist ein besonders bitteres Beispiel, weil er solidarisch von allen Versicherten finanziert wird, aber nicht alle die gleichen Rechte haben“, kritisierte die ehemalige Behindertenbeauftragte der Bundesregierung. Die Corona-Pandemie belaste sie nun zusätzlich: Sie höre vermehrt, dass behinderte Menschen gebeten werden, nicht in die Kliniken zu gehen, um sich behandeln zu lassen, sagte die in Lindau geborene ehemalige Biathletin und

zwölffache Siegerin der Paralympics. Dabei sei es auch jenseits der Krise für behinderte Menschen schon schwierig genug, ihre Gesundheitsversorgung sicherzustellen. (00/0079/08.01.2022)

Aus Bob Dylans USA nach Franken versetzt

Mundartdichter gibt Songs des Nobelpreisträgers in Mundart heraus

Von Timo Lechner (epd)

30 Jahre lang schon übersetzt der Franke Helmut Haberkamm Texte von Bob Dylan. Der Mundartdichter und -forscher hat nun seine Werke gesammelt, erweitert und das Buch „Fier immer jung“ mit 77 Songübersetzungen von Dylan veröffentlicht.

Erlangen (epd). Der US-amerikanische Songpoet Bob Dylan, der einzige Literaturnobelpreisträger der Popgeschichte, ist im April 80 Jahre alt geworden. Grund genug für den in Spardorf (Landkreis Erlangen-Höchstadt) lebenden Mundartdichter und -forscher, seine Dylan-Adaptionen zu sammeln, zu erweitern und mit dem Buch „Fier immer jung“ mit 77 Songübersetzungen von Dylan zu veröffentlichen. Seit 30 Jahre übersetzt Helmut Haberkamm die Texte. Zusammen mit dem Burghaslacher Gitarristen Johann Müller sowie zwei Mistreitern ist dazu die CD „Dylan auf Fränkisch“ entstanden.

Dylan-Übersetzungen sind schon lange nichts Ungewöhnliches mehr. Sogar im Dialekt: Wolfgang Ambros hat Bearbeitungen auf österreichisch, Wolfgang Niedecken auf Kölsch vorgelegt. Mit dem Nürnberger Musiker und Haberkamm-Freund Ernst Schultz hat sich sogar ein weiterer Mittelfranke an die sprachlich komplexen Gebilde gewagt. Haberkamm hat manche Spielorte und seelische Szenarien der Dylanschen Erzählungen in seine eigene fränkische Heimat und Gefühlswelt übertragen: „Weil es anders nicht authentisch wäre“, sagt er.

Beispiel „Tangled up in blue“, das jetzt „Drauri drauf und daun“ in bestem fränkisch-denglisch heißt. Die 1975 auf dem Album „Blood on the tracks“ erschienene, ungewöhnliche Geschichte über die Zuneigung zu einem vom Schicksal gebeutelten jungen Mädchen spielt nun nicht mehr in den Weiten der USA, sondern rund um Nürnberg.

Dylans frühen Anti-Kriegs-Song „John Brown“ übersetzt Haberkamm mit „Hans Schoor“. Den hat es wirklich gegeben: Schoor war der Cousin von Haberkamms Vater und liegt in der französischen Normandie auf einem „Heldenfriedhof“ begraben, wo man den damals 19-jährigen Soldaten der Wehrmacht beigesetzt hatte. Der fränkische Poet hatte das Grab mit dem Vater einige Male besucht und stellte sich vor, wie es gewesen wäre, wenn Hans Schoor wie Dylans John Brown doch nach den Schlachten nach Hause gekommen wäre und seine Mutter ihn ebenso wenig wieder erkannte wie die im englischsprachigen Vorbild.

Gesundheit
und Soziales

Kultur und
Erinnerung

Kultur und Erinnerung

Dass Kriege oft im Namen beziehungsweise unter der vermeintlichen Obhut Gottes geführt werden, hatte Dylan in seinem Song „With god on our side“ und seinen Rückblicken vom Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner 1776 bis 1783 gegen England bis zum Vietnamkrieg sarkastisch eindringlich dargelegt. Bei Helmut Haberkamm wird daraus „Mid Godd auf unnera Seitn“ und eine Aufzählung der Kriege, die ab 1870 auch mit fränkischer Beteiligung geführt wurden. Am Ende der Übersetzung werden auch die Bilder von aktuellen Religionskriegen bemüht, an die heute islamistische Terroristen unter dem Vorwand, dies in Auftrag ihres „Gottes“ zu führen, glauben.

Hatte Haberkamm seine ersten Dylan-Texte als Oberstufenschüler am Gymnasium in Neustadt/Aisch noch ins Hochdeutsche übersetzt, weil er einfach wissen wollte, was da gesungen wird, transkribierte er heute solche Texte sofort in die Sprache seiner Heimat. „Schon bei meinen ersten eigenen Gedichten Ende der 1980er-Jahre merkte ich, das funktioniert so nicht mit dem Ausdruck, das muss fränkisch werden“, erinnert er sich.

„Im Dialekt kann ich Sätze bauen, die im Hochdeutschen schlichtweg falsch wären“, ist Haberkamm überzeugt. Satzbau und -melodie beachte er auch bei Transkriptionen phonetisch wie grammatikalisch. Haberkamm schöpft bei der Auswahl seiner übersetzten Stücke aus allen Epochen des Dylanschen Schaffens. Dazu gehört auch dessen christliche Phase zu Beginn der 1980er-Jahre, im Konvolut vertreten unter anderem mit „Every Grain of Sand“ (jetzt: „Jeds Kernla Sand“), das zahlreiche Anspielungen auf Jesus und den Glauben enthält. Das Lied mit seinem starken metaphysischen Kern und Dylans fortwährende Selbstreflexion über das eigene Leben habe ihn schon früh fasziniert.

Realisiert hat Haberkamm sein Buch wieder mit dem Verlag ars vivendi. Die dazugehörige CD vertreibt der Verlag, finanziert wurde diese aber durch den Kulturpreisträger der Stadt Erlangen selbst. „So etwas mach ich einmal im Leben, das ist es mir wert“, meint der Gymnasiallehrer, der im Dezember 60 Jahre alt geworden ist. Auch, weil das Dylan-Projekt in gewisser Weise einen Abschluss nach drei Jahrzehnten intensiver Auseinandersetzung mit dem Werk des Musikers bedeutet. Was nicht heißt, dass das Kapitel Dylan für Haberkamm damit endgültig beendet ist. (01/0083/09.02.2022)

Proben für 42. Oberammergauer Passionsspiele haben begonnen

Oberammergau (epd). Am Dreikönigstag (6. Januar) haben die Proben für die Oberammergauer Passionsspiele im Mai dieses Jahres begonnen. Nach fast zwei Jahren Unterbrechung hatte Intendant Christian Stückl 111 Sprechrollen am Donnerstag zu einer ersten Leseprobe eingeladen, wie der Eigenbetrieb

Kultur und Erinnerung

Oberammergau Kultur am Freitag mitteilte. „Alle, und wenn sie auch nur einen ganz kleinen Satz haben, kommen zusammen“, sagte Stückl. Es sei das einzige Mal, dass die Spieler das Stück miteinander hören, erläuterte er.

Dabei ist aktuell völlig unklar, ob und wie die 42. Passionsspiele überhaupt stattfinden können - weil niemand absehen kann, welche Corona-Regeln im Mai 2022 gelten. Der Geschäftsführer der Passionstheater-GmbH, Walter Rutz, hatte dem Evangelischen Pressedienst (epd) Ende Dezember gesagt, er hoffe, dass sich die Inzidenzen bis zur Premiere am 14. Mai wieder beruhigten und ein Betrieb unter „normalen Corona-Bedingungen“ möglich sei. Allerdings könne den Machern „auch noch alles um die Ohren fliegen, wenn im April eine neue Variante auftaucht“.

Die ursprünglich für 2020 geplanten 42. Passionsspiele in Oberammergau mussten wegen der Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt werden. Weil die Verantwortlichen - ursprünglich aus Sorge vor Terrorakten - erstmals eine Ausfallversicherung abgeschlossen hatten, blieb der finanzielle Schaden überschaubar. Seit dem Pestgelübde von 1633 bringen die Oberammergauer alle zehn Jahre das „Spiel vom Leiden, Sterben und Auferstehen des Herrn Jesus Christus“ auf die Bühne. In diesen knapp 400 Jahren mussten die Vorstellungen erst vier Mal verschoben oder abgesagt werden.

Bereits seit Februar 2021 gilt der Haar- und Barterlass. Seitdem lassen sich die Mitwirkenden der Passionsspiele die Haare, die Männer auch die Bärte wachsen. 1.554 Frauen und Männer haben sich bereiterklärt, beim Passionsspiel 2022 dabei zu sein. Dazu kommen noch rund 500 Kinder. Insgesamt werden also ungefähr 2.100 Mitwirkende aus allen Generationen auf der Bühne stehen. Getragen wird das Passionsspiel seit dem 17. Jahrhundert von den Bewohnern des Dorfes. Die Mitwirkenden müssen entweder in Oberammergau geboren sein oder seit 20 Jahren im Ort leben.

Seit 1634 wird in Oberammergau alle zehn Jahre das Passionsspiel aufgeführt. Es geht auf ein Gelübde von 1633 zurück, in dessen Folge das Dorf von der Pest befreit wurde. 2022 finden die Oberammergau Passionsspiele zum 42. Mal statt. Die Premiere ist am 14. Mai, der letzte der 103 Spieltermine ist am 2. Oktober dieses Jahres. (00/0067/07.01.2022)

Kaltenhauser übernimmt kommissarisch Präsidentenamt im Musikrat

München (epd). Der unterfränkische FDP-Landtagsabgeordnete Helmut Kaltenhauser ist zum neuen Präsidenten des Bayerischen Musikrats gewählt worden. Wie der Spitzenverband am Freitag mitteilte, übernimmt Kaltenhauser die Aufgabe kommissarisch bis zur turnusmäßigen Wahl im November.

Der Abgeordnete folgt in diesem Amt auf den früheren Umweltminister und Staatskanzlei-Chef Marcel Huber. Erst im November 2020 war Huber zum Präsidenten des Musikrats gewählt worden. Er sei am Mittwoch „aus gesundheitlichen und familiären Gründen“ zurückgetreten, hieß es.

Kaltenhauser ist seit einem Jahr Mitglied im Präsidium des Bayerischen Musikrats. Der Verband ist ein Zusammenschluss der Einrichtungen und Verbände des Musiklebens im Freistaat und vertritt damit rund eine Million Laien- und Profimusiker. Ihm sei es wichtig, die vielfältige Musiklandschaft in Bayern weiter zu stärken, sagte Kaltenhauser: „Gerade in der Corona-Pandemie muss sichergestellt werden, dass die Musik nie verklingt.“ Die gesellschaftliche Funktion des Musizierens habe durch die Corona-Pandemie bereits „erheblichen Schaden genommen“, sagte er. (00/0071/07.01.2022)

Landesbischof für mehr Windräder in Bayern

München (epd). Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm wirbt für einen neuen Blick auf Windräder. Es gelte, seine Ästhetik hier etwas anzupassen, sagte der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beim „Sonntags-Stammtisch“ des Bayerischen Rundfunks (BR). Wenn man erkenne, dass sie nicht für ein gegen, sondern für ein mit der Natur leben stünden, verändere sich auch die Sicht auf diese Erzeuger erneuerbarer Energie.

Ein Zurück zum Atomstrom sei keine Option, so Bedford-Strohm. „Man kann nicht eine Unverantwortlichkeit durch eine andere ersetzen“, betonte er: „Wir nehmen uns heraus, mit unseren Lebensgewohnheiten ein Leben zu pflegen, das von anderen bezahlt werden muss. Das ist nicht akzeptabel.“ Man könne nachfolgenden Generationen nicht die Atom-Abfälle hinterlassen, das sei unverantwortlich.

Bedford-Strohm sprach sich für mehr Windräder auch in Bayern aus. Windräder könne man wieder abbauen, wenn man eine bessere Lösung zur Energieerzeugung gefunden habe, so der Bischof. Atommüll und CO2 bekomme man jedoch nicht mehr aus der Umwelt. (00/0086/09.01.2022)

Genanalysen bestätigen Wolf in Oberbayern

Rosenheim/Traunstein/Augsburg (epd). Herdenschutz statt Herdenimmunität: Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) ruft Nutztierhalter im östlichen bayerischen Alpenraum auf, ihre Schafe und Ziegen wolfsicher unterzubringen. Wie Genanalysen nun bestätigt hätten, seien mehrere tote Tiere in den

Kultur und
Erinnerung

Umwelt und
Natur

Landkreisen Traunstein, Rosenheim und im Berchtesgadener Land auf einen Wolf zurückzuführen, teilte das LfU in Augsburg mit. Es sei daher wichtig, die Tiere aktuell in Ställen zu halten oder mit wolfsabweisenden Zäunen zu beschützen.

Betroffene Nutztierhalter bekämen nach entsprechendem Antrag eine hundertprozentige Förderung für Material- und Montagekosten für die Errichtung wolfsabweisender Zäune. Schäden, die durch Wolfsrisse entstehen, würden durch den Freistaat finanziell ausgeglichen. Etwaige Übergriffe auf Nutztiere sollten unmittelbar an das LfU gemeldet werden.

Außerdem gab das LfU Tipps für den Fall einer Begegnung mit dem Wolf. Es sei wichtig, nicht wegzulaufen, sondern sich langsam zurückzuziehen, so die Behörde. Erscheine einem der Wolf zu nahe, solle man durch lautes Sprechen und Gestikulieren auf sich aufmerksam machen. Niemals solle man dem Tier hinterherlaufen oder es füttern. Hunde sollten angeleint werden. (00/0081/08.01.2022)

Mindestens 100 Stück verkauft: Polizei ermittelt Impfpass-Fälscher

Ansbach (epd). Die Kriminalpolizei Ansbach hat im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen einen Impfpass-Fälscher ermittelt. Der 33-jährige Mann soll mindestens 100 bis 150 gefälschte Impfausweise verkauft haben, teilte die Kripo am Freitag mit. Nach Vorermittlungen hatte die Polizei beim Amtsgericht Ansbach einen Durchsuchungsbeschluss erwirkt und stellte in der Wohnung des Mannes am 4. Januar zahlreiche Fälschungsutensilien sicher. Der Beschuldigte wurde nun wegen gewerbsmäßiger Urkundenfälschung angezeigt. Zudem hat die Polizei bei der Staatsanwaltschaft beantragt, die durch den Verkauf der falschen Impfpässe erzielten Einnahmen einzuziehen. (00/0070/07.01.2022)

Vorgezogenes Oktoberfest? Deutsche sind unentschieden

München/Augsburg (epd). Die Idee, das Oktoberfest wegen Corona in diesem Jahr in den Sommer vorzuziehen, spaltet die Meinung der Menschen in Deutschland. So gaben 40 Prozent laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der „Augsburger Allgemeinen“ (Samstag) an, dass das Oktoberfest nicht in die wärmeren Monate vorverlegt werden soll. 31 Prozent der Befragten hatten nichts gegen eine Sommer-Wiesn und der Rest (29 Prozent) war unentschieden.

Umwelt und
Natur

Vermischtes

Die Idee der Sommer-Wiesn stammt von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Eine Wiesn im August sei allemal besser als gar keine Wiesn, sagte der Politiker. Im Sommer gebe es für Veranstalter schlicht mehr Planungssicherheit, wie es dagegen im Herbst mit Corona aussehe, sei kaum kalkulierbar. In den vergangenen beiden Jahren musste die Wiesn wegen Corona ganz ausfallen.

Das Meinungsforschungsinstitut Civey berücksichtigte für seine repräsentative Umfrage im Zeitraum vom 6. bis 7. Januar die Antworten von 5.007 Teilnehmenden aus Deutschland. (00/0075/08.01.2022)

Impressum

epd Landesdienst Bayern
im Evangelischen Presseverband
für Bayern e.V.(EPV),
Birkerstraße 22, 80636 München
Chefredakteur: Daniel
Staffen-Quandt,
Tel.: 089/12172-139,
dstaffen-quandt@epv.de

Desk Süd:

Tel.: 089/12172-140

Bayernredaktion:

Brigitte Bitto/Christiane Ried

(Desk/Landespolitik)

Tel.: 089/12172-160,

epdbayern@epv.de

Allgemeine Anfragen: Julia Koloda

Tel.: 089/12172-146,

jkoloda@epv.de

Bildredaktion: Hans Deyerl

Tel.: 089/12172-173,

epdbild@epv.de

Archiv: Hans Deyerl,

Tel.: 089/12172-173,

hdeyerl@epv.de

Bezirksredaktionen:

Augsburg: Daniel Staffen-Quandt,

Tel.: 089/12172-160,

epdbayern@epv.de

Bayreuth: Michael Götz,

Tel.: 0921/15102831,

mgoetz@epv.de

München: Susanne Schröder,

Tel.: 089/12172-143,

sschroeder@epv.de

Nürnberg: Jutta Olschewski,

Tel.: 0911/2009418,

jolschewski@epv.de;

Julia Riese, Tel.: 0176/77596936,

jriese@epv.de

Regensburg: Gabriele Ingenthron,

Tel.: 0941/64639072,

gingenthron@epv.de

Würzburg: Daniel Staffen-Quandt,

Tel.: 0931/83073,

dstaffen-quandt@epv.de

Internet:

www.epv.de, www.epd-bayern.de

Facebook:

www.facebook.com/epdbayern

Twitter:

www.twitter.com/epd_bayern

Erscheinungsweise: fünfmal

wöchentlich (Mo.-Fr.)

Der Dienst darf nur mit Zustimmung

des Verlags weiterverwertet,

gedruckt, gesendet oder

elektronisch kopiert und

weiterverwertet werden. Jede

Haftung für technische Mängel oder

Mängelfolgeschäden ist

ausgeschlossen.

Veröffentlichung, auch

auszugsweise, nur mit besonderer

Genehmigung.

Bestellungen: epdmobil@epv.de,

Tel.: 089/12172-146.

Herausgeber: Evangelischer

Presseverband für Bayern e.V.,

Birkerstraße 22, 80636 München.

Vorstand: Kirchenrat Dr. Roland

Gertz, VR-Register 4259,

Gerichtsstand München, UStIdNr.

DE 129 52 23 18.